



Protokollauszug

| | |
|---------|-------------------------|
| Sitzung | Rat der Stadt Norderney |
| Status: | öffentlich |
| Datum | 29.07.2015 |

TOP 22. Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens; Antrag der Gruppe SPD/FWN a) Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens gegen Ratsherrn Wehlage wegen Verstoß gegen die Amtsverschwiegenheit lt. §17 Abs.4 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften der Stadt Norderney und §40 NKomVG

1. stellv. BM Harms begründet die beiden Anträge seiner Gruppe: In einer Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen vom 26.06.2015 werde RM Kiefer aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt (BA) zitiert, wobei die Darstellung nicht den Fakten entspreche. Niederschriften gebe es dazu noch nicht, und sie seien nur zum internen Gebrauch bestimmt. Die Aussagen seien im „Norderneyer Morgen“ vom 27.06.2015 abgedruckt. Von besonderer Schwere der Verletzung der Amtsverschwiegenheit zeuge die Tatsache, dass die „Norderneyer Badezeitung“ am 01.07.2015 Folgendes veröffentliche: „Als Beleg ... legt Wehlage dieser Zeitung das Protokoll aus einer nichtöffentlichen Sitzung vor“. Es gebe aus gutem Grund nichtöffentliche Sitzungen, und deshalb müsse mit vertraulichen Unterlagen auch vertraulich umgegangen werden. Das nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) lege fest, dass sogar nach Erlöschen eines Amtes vertrauliche Unterlagen auch so zu behandeln seien.

Für 2. stellv. BM Rass steht fest, dass der BA in einer nichtöffentlichen Sitzung in 2012 beschlossen habe, dass das Namuth-Gelände nicht bebaut werden solle. Nun sei dieser Beschluss in einer nichtöffentlichen Sitzung gekippt worden. Es sei von öffentlichem Interesse, was im Rat hinter verschlossenen Türen geschehe. Bündnis 90/Die Grünen wollten diese „Machenschaften“ öffentlich machen. Sie ließen es gerne auf eine gerichtliche Prüfung ankommen. 2. stellv. BM Rass erinnert an die von Herrn Bergmeyer gebauten „Kapitäns Häuser“, in denen bisher kein Norderneyer wohne.

Möglicherweise sei der Beschluss „auf illegale Weise“ in einer nichtöffentlichen Sitzung gefasst worden. Sie zitiert § 64 NKomVG: „Die Sitzungen der Vertretung sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern.“ Anschließend verliest sie eine Passage aus einem Kommentar zum NKomVG: „Ebenfalls kein zureichender Grund für den Ausschluss der Öffentlichkeit ist bei der Behandlung von Bauanträgen und Bauvoranfragen gegeben. Gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Kontrolle der Bautätigkeit in der Kommune lassen sich keine schützenswerten Interessen der Bauherren ins Feld führen, die durch eine öffentliche Behandlung der Angelegenheit in der Vertretung beeinträchtigt werden könnten.“

RV Terfehr fragt 2. stellv. BM Rass, ob sie in freier Entscheidung bestimme, was öffentlich bzw. vertraulich sei und ob sie in diesem Zusammenhang einen Rechtsbruch billigend in

Kauf nehme. 2. stellv. BM Rass meint, dass noch festgestellt werde, ob es sich um einen Rechtsbruch handele.

1. stellv. BM Harms meint, dass die entsprechenden Protokolle öffentlich seien, wenn ein Ausschuss öffentlich tage. Ansonsten seien die Protokolle vertrauliche Unterlagen.

RM Bakker-Dinkla erklärt, dass nicht mit Steinen werfen solle, wer im Glashaus sitze. Herr Moroni sage selber, dass er alle Protokolle des BA kenne. Sie finde es „witzig“, dass von der Gruppe SPD/FWN diese Anträge gestellt würden.

RM Plavenieks stellt fest, in dem Kommentar zum NKomVG von Robert Thiele zu § 40 stehe, dass aus nichtöffentlichen Sitzungen einzelne Mitglieder nicht zitiert werden dürften. Alle Ratsmitglieder genossen diesen Schutz. RM Aldegarmann betont, dass alle Ratsmitglieder unterschrieben hätten, die Spielregeln der Stadt Norderney einzuhalten. Diese Regeln könnten nicht während des Spiels geändert werden.

RM Bakker-Dinkla betont, dass Bündnis 90/Die Grünen keine andere Möglichkeit gehabt hätten, um das tatsächliche Vorliegen eines Beschlusses zu zeigen.

BM Ulrichs meint, dass die Politiker von Bündnis 90/Die Grünen den Rat in die Bredouille brächten. Man habe sich schon oft darüber geärgert, dass Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen an die Öffentlichkeit gedrungen seien. Wenn der Rat das Verhalten von RM Wehlage nicht sanktioniere und sich der Vorfall einige Woche später wiederhole, wisse der Rat nicht, wie er damit umgehen solle. Höchststrichterliche Rechtsprechung lege eindeutig fest, dass eine eventuelle Rechtswidrigkeit des Status einer Sitzung (öffentlich oder nichtöffentlich) keine Rolle für die Frage der Vertraulichkeit spiele. Auch wenn die Öffentlichkeit zu Unrecht ausgeschlossen worden sei, müsse die Vertraulichkeit gewahrt bleiben.

2. stellv. BM Rass stellt fest, dass die Mehrheit im Rat nicht darüber bestimmen könne, was öffentlich und was nicht öffentlich sei.

BG Ennen ist der Auffassung, dass es für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen leicht gewesen wäre, in einer öffentlichen Sitzung den Antrag zu stellen, das Thema Gartenstadt öffentlich zu diskutieren. 2. stellv. Rass meint, dass die Aufregung daher rühre, dass anderen Ratsmitgliedern das Öffentlichmachen des Beschlusses nicht gefalle.

Beschluss

1. Aufgrund des hinreichenden Anfangsverdachts einer Pflichtverletzung der Vorschriften über die Amtsverschwiegenheit gem. § 40 Abs. 1 NKomVG durch das Ratsmitglied Stefan Wehlage beschließt der Rat der Stadt Norderney die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gem. § 40 Abs. 2 i. V. m. § 39 Abs. 2, Sätze 2 bis 4 NKomVG.

8 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

2 Enthaltungen

2. Der Rat der Stadt Norderney missbilligt durch diesen Beschluss das Verhalten des Ratsherrn Stefan Wehlage, indem dieser durch Verlautbarungen gegenüber der örtlichen Presse aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt aus dem Beratungsgang berichtet sowie das Protokoll einer nichtöffentlichen Sitzung des gleichen Ausschusses aus dem Jahre 2012 der Norderneyer Badezeitung vorgelegt und damit gegen § 40 Abs. 1 NKomVG sowie § 17 Ziff. 4 der Geschäftsordnung der Stadt Norderney verstoßen hat.

9 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

1 Enthaltung

